N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am Dienstag, 10.09.2019, 17:00 Uhr, Ratssaal, Kirchstraße 1, 26215 Wiefelstede

Anwesend:

Vom Bau- und Umweltausschuss

Ausschussvorsitzender		
Bärbel Osterloh	CDU	
Ausschussmitglied		
Hartmut Bruns	FDP	
Lutz Helm	SPD	
Enno Kruse	UWG	
Ralf Küpker	CDU	
Jens-Gert Müller-Saathoff	B 90/Grüne	als Vertreter für Günter Teusner
Manfred Rakebrand	SPD	als Vertreter für Timo Broziat
Siegfried Scholz	CDU	als Vertreter für Jens Nacke
Dirk Schröder	SPD	
Helmut Stalling	CDU	
Jörg Weden	SPD	
beratendes Mitglied		
Renate Heerwagen		als Vertreterin für Tonny Woesthoff, Seniorenbeirat
von der Verwaltung		
Jörg Pieper		Bürgermeister
Marco Herzog		Fachbereichsleiter Bauen und Planen
Bernd Quathamer		Fachdienstleiter Bauverwaltung und Protokollführer
Gäste		
Diedrich Janssen		NWP Planungsgesellschaft mbH, zu TOP 9 bis TOP 13
Bea Kunzmann		NWP Planungsgesellschaft mbH, zu TOP 9 bis TOP 13
Jens Schopp		Nordwest-Zeitung
Wolfgang Wittig		Der Wiefelsteder

Zeitweise bis zu 5 Zuhörer

- - - - - - - - - - - - - - -

1. Eröffnung der öffentlichen Sitzung und Begrüßung

Ausschussvorsitzende Osterloh begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Mitglieder

Die ordnungsgemäße Ladung und die anwesenden Mitglieder werden festgestellt.

3. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit wird von der Ausschussvorsitzenden festgestellt.

4. Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung festgestellt.

5. Beschlussfassung über die Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung

Es wird kein Bedarf für eine Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung festgestellt.

6. Verpflichtung hinzugewählter Mitglieder

BM Pieper weist darauf hin, dass das hinzugewählte beratende Mitglied Renate Heerwagen auf die Vorschriften der §§ 40 bis 42 NKomVG, insbesondere auf die Verschwiegenheitspflicht, verpflichtet werden müsse. Aufgrund dieser Vorgabe verpflichtet er Frau Heerwagen und händigt ihr die entsprechenden Rechtsvorschriften aus. Die Verpflichtung wird per Handschlag besiegelt.

7. Einwohnerfragestunde

Im Rahmen der Einwohnerfragestunde werden keine Fragen gestellt.

8. Genehmigung der Niederschrift vom 17.06.2019

Die Niederschrift über die Bau- und Umweltausschusssitzung am 17.06.2019 wird mit einer Enthaltung einstimmig genehmigt.

9. 128. Änderung des Flächennutzungsplanes (parallel zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 141 I),
hier: a) Änderungsbeschluss
b) Beschlussfassung über die Durchführung der Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Vorlage: B/1398/2019

Herr Janssen, NWP, stellt mithilfe der in der Anlage beigefügten Präsentation die Grundzüge der Planung und das Vorhaben vor.

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Kruse bestätigt Herr Janssen, dass die geplante Halle die gleiche maximale Höhe haben werde wie der Bestand.

Es ergeht einstimmig folgender Beschlussvorschlag:

a) Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Wiefelstede stimmt dem vorgestellten Planentwurf zu und beschließt die 128. Flächennutzungsplanänderung (parallel zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 141 I).

b) Weiter beschließt der Verwaltungsausschuss die Durchführung der Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung.

10. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 141 I "Gewerbegebiet Wiefelstede, Wiesenstraße - Erweiterung",
hier: a) Aufstellungsbeschluss
b) Beschlussfassung über die Durchführung der Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Vorlage: B/1397/2019

Ohne weitere Aussprache ergeht einstimmig folgender Beschlussvorschlag:

a) Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Wiefelstede stimmt dem vorgestellten Planentwurf zu und beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 141 I „Gewerbegebiet Wiefelstede, Wiesenstraße - Erweiterung".

b) Weiter beschließt der Verwaltungsausschuss die Durchführung der Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung.

11. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 74 II "Wiefelstede, Am Brinkacker",
hier: a) Aufstellungsbeschluss
b) Beschlussfassung über die Durchführung der öffentlichen Auslegung gleichzeitig mit der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: B/1400/2019

Herr Janssen, NWP, stellt den Bebauungsplanentwurf anhand der in der Anlage beigefügten Präsentation vor.

FDL Quathamer weist darauf hin, dass die Anbindung hauptsächlich über die Straße „Am Brinkacker“ vorgesehen sei.

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Helm erklärt Herr Janssen, dass eine Erweiterung der Kindertagesstätte über die Geruchsgrenze hinaus nicht zulässig sei.

Ausschussmitglied Helm schlägt vor, die Freiflächen innerhalb der Geruchszone vorzusehen.

BM Pieper weist darauf hin, dass das Baufenster ausreichend groß bemessen sei.

Herr Janssen, NWP, führt zum Vorschlag von Ausschussmitglied Helm aus, dass in der Geruchszone nur Stellplätze zulässig seien, nicht jedoch Außenspielflächen der Kindertagesstätte.

Ausschussmitglied Müller-Saathoff ist der Auffassung, dass geeignete Maßnahmen gefunden und umgesetzt werden müssten, um die Gerüche der Kläranlage zu minimieren, da Eltern mit Kleinkindern sehr sensibel reagieren würden.

Herr Janssen macht deutlich, dass nur Maßnahmen an der Quelle der Geruchsemissionen sinnvoll seien.

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Kruse erklärt BM Pieper, dass eine Wohnnutzung über der Kindertagesstätte nicht vorgesehen sei. Ein Verkauf der nicht benötigten Flächen an den bisherigen Eigentümer sei nicht geplant und aufgrund des Zuschnitts auch nicht sinnvoll. Der Geltungsbereich sei größer als die Fläche des erworbenen Grundstücks, da in ihm unter anderem Wege- und Grünflächen enthalten seien, die sich bereits im Eigentum der Gemeinde befänden.

Herr Janssen, NWP, verweist auf die Überlappung des Geltungsbereichs mit den angrenzenden Bebauungsplänen.

Ausschussmitglied Schröder hält die Festsetzung eines Allgemeinen Wohngebiets wegen der bestehenden Geruchsimmissionsgrenzwerte für problematisch. Hierdurch sei eine zu einem späteren Zeitpunkt eventuell erforderlich werdende Erweiterung der Kläranlage kaum noch möglich. Dies könne wiederum zu Konflikten mit dem Betreiber EWE führen. Er schlägt daher die Festsetzung eines Sondergebietes vor.

FDL Quathamer weist daraufhin, dass die Kläranlage bereits durch die bestehenden Nutzungen im Umfeld in ihrer Erweiterungsmöglichkeit eingeschränkt sei. So sei der zulässige Immissionswert beispielsweise beim Gewerbeobjekt Kirchweg 2 bereits teilweise überschritten (siehe Anlage „Gesamtdarstellung Geruchsimmissionen Nahbereich“ zur Beratungsvorlage). Bei Ausweisung eines Sondergebietes sei zudem das beschleunigte Verfahren nach § 13 b BauGB nicht anwendbar.

BM Pieper schlägt vor, die Ergebnisse aus dem Bauleitplanverfahren abzuwarten.

Ausschussmitglied Weden schlägt vor, die Parkplätze in die Geruchszone zu legen.

Es ergeht einstimmig folgender Beschlussvorschlag:

a) Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Wiefelstede stimmt dem vorgestellten Planentwurf zu und beschließt die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 74 II "Wiefelstede, Am Brinkacker" im beschleunigten Verfahren nach § 13 b BauGB.

b) Weiter beschließt der Verwaltungsausschuss die Durchführung der öffentlichen Auslegung gleichzeitig mit der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB.

c) Auf eine frühzeitige Öffentlichkeitsunterrichtung wird verzichtet.

12. 129. Änderung des Flächennutzungsplanes (parallel zur 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 122),

hier: a) Änderungsbeschluss
b) Beschlussfassung über die Durchführung der Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Öffentl ichkeitsbeteiligung
Vorlage: B/1404/2019

Herr Janssen, NWP, stellt mithilfe der in der Anlage beigefügten Präsentation die Grundzüge der Planung vor.

BM Pieper bestätigt auf Anfrage von Ausschussmitglied Müller-Saathoff, dass im Obergeschoss Wohnungen möglich seien.

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Weden, ob sich das Vorhaben mit dem Einzelhandelskonzept der Gemeinde vertrage, verweist BM Pieper auf die der Beratungsvorlage beigefügte Verträglichkeitsanalyse. Die Verträglichkeit des Vorhabens für das Grundzentrum Metjendorf sei dort nachgewiesen worden.

Es ergeht einstimmig folgender Beschlussvorschlag:

a) Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Wiefelstede stimmt dem vorgestellten Planentwurf zu und beschließt die 129. Flächennutzungsplanänderung (parallel zur 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 122).

b) Weiter beschließt der Verwaltungsausschuss die Durchführung der Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung.

13. 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 122 "Metjendorfer Landstraße/Ofenerfelder Straße";
hier: a) Aufstellungsbeschluss
b) Beschlussfassung über die Durchführung der Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Vorlage: B/1403/2019

Ohne weitere Aussprache ergeht einstimmig folgender Beschlussvorschlag:

a) Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Wiefelstede stimmt dem vorgestellten Planentwurf zu und beschließt die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 122 „Metjendorfer Landstraße/Ofenerfelder Straße".

b) Weiter beschließt der Verwaltungsausschuss die Durchführung der Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung.

14. Erstellung einer Windpotenzialsstudie für die Gemeinde Wiefelstede;
hier: Antrag der SPD Fraktion vom 19.08.2019
Vorlage: B/1405/2019

Ausschussmitglied Weden erläutert ausführlich die Hintergründe der erneuten Antragstellung. Die SPD-Fraktion hatte zugesagt diesen erst dann zu stellen, wenn es in den Nachbargemeinden entsprechende Aktivitäten gäbe. In der Gemeinde Rastede sei dieser Fall nun eingetreten. Dort seien im Juli entsprechende Bebauungspläne aufgestellt worden. Er verweist auf die Verantwortung, die man trage. Obwohl man die Windkraft stärken wolle, sei vor Ort nicht viel passiert. Der Windenergieerlass des Landes sei nur eine Handlungsempfehlung für die Kommunen. Eine Windkraftpotenzialstudie sei keine Bauleitplanung, sondern lediglich eine Prüfung. Die hierfür entstehenden Kosten würden später von den Investoren erstatten werden. Mit dieser Studie könne man Flächen bewerten und ausschließen. Die EWE habe in Ihrem Antrag bereits drei Potenzialflächen benannt. Fossiler Brennstoff sei zu wertvoll. Es sei Zeit sich endlich in Richtung Windenergie zu bewegen.

Ausschussvorsitzende Osterloh trägt die Argumentation der CDU-Fraktion zum Antrag der SPD vor. Die Reduzierung des CO_2-Ausstoßes und der Ausbau erneuerbarer Energien seien wichtige Bausteine zur Bewältigung des Klimawandels. Die CDU-Fraktion habe hierzu bereits durch verschiedene Beschlüsse ihren Beitrag geleistet, so beispielsweise beim Solarpark Ammerland, den seinerzeit größten in ganz Niedersachsen. Dessen Leistung soll sogar noch erhöht werden. Im Ammerland war es bisher Praxis, pro Gemeinde nur einen Windpark auszuweisen, um so Windenergieanlagen (WEA) als privilegierte Vorhaben im Außenbereich zu verhindern. Auf weitere Windparks sei wegen der besonderen Struktur des Ammerlandes verzichtet worden. In einigen Gemeinden werde neuerdings darüber diskutiert, ob zusätzliche Flächen für WEA ausgewiesen werden sollten. In Rastede habe man jetzt weitere Flächen ausgewiesen.

Die CDU-Fraktion spreche sich dennoch gegen eine neue Windpotenzialstudie und gegen neue Windparks aus, da im Nordwesten mehr erneuerbare Energie produziert als verbraucht werde. Die Leitungen für den Transport des überschüssigen Stroms in den Süden seien noch nicht vorhanden und würden für die Menschen im Ammerland erhebliche Beeinträchtigungen verursachen (Stichwort SuedLink). Die Speicherung und die Umwandlung in Erdgas seien noch zu teuer. Der Ausbau an Land sei daher nahezu zum Erliegen gekommen. Auf Bundes- und Landesebene gäbe es derzeit Planungen, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien zu verbessern, u. a. durch das Schaffen finanzieller Anreize für alle Beteiligten. Aufgrund der noch unklaren zukünftigen Rahmenbedingungen sollten aktuell keine Planungsschritte unternommen werden. Sie erinnert an die Konflikte, die man bei Windkraftplanungen erlebt habe. Dörfer seien in zwei Lager geteilt worden. Deshalb benötige ein so weitreichender Beschluss auch eine breite Basis im Rat. Diese sei derzeit nicht gegeben.

Ausschussmitglied Weden ist ebenfalls der Auffassung, dass eine breite Basis wünschenswert sei. Dass eine Region eine andere mitversorge, sei normal. So müssten beispielsweise Oberzentren vom Umland versorgt werden. Die EWE habe einen Antrag auf Ausweisung weiterer Flächen gestellt. Das Leitungsnetz müsse daher wohl ausreichend sein. Er weist darauf hin, dass es in Westerstede und Rastede mehr als einen Windpark gäbe. Beim Thema Klimaschutz stehe man in der Verantwortung. Die Lösung könne nur in vielen kleinen Schritten erfolgen. Die Windhöffigkeit sei in der gesamten Gemeinde ausreichend hoch. Der Verzicht auf fossile Brennstoffe sei unverzichtbar. Die jungen Leute hätte dies erkannt. Er mache sich Sorgen um die Zukunft.

Ausschussmitglied Bruns ist bereit, Verantwortung beim Thema Klimawandel zu tragen. Er schließt sich den Äußerungen der Ausschussvorsitzenden an. Eine neue Windpotenzialstudie würde die bisherigen Potenzialflächen in Hollen und Conneforde bestätigen. Die Gemeinde müsse bei einer neuen Konzentrationsplanung der Windenergie substanziell Raum schaffen. Er verweist auf die in der Gemeinde Wiefelstede bisher erzielten Erfolge bei der Versorgung mit erneuerbaren Energien. 2015 habe der Anteil in Wiefelstede bei 47 % gelegen, in Bad Zwischenahn bei lediglich 11 %. In Edewecht gäbe es deutlich mehr Potenzial, dort werde jedoch nicht einmal eine Debatte über das Thema geführt. Auch er hofft auf eine Änderung der Rahmenbedingungen. Außerdem sollte man sich nicht schon jetzt auf einen Investor festlegen. Sollte die Windpotenzialstudie nicht umgesetzt werden, bleibe die Gemeinde auf den Kosten sitzen. Die FDP-Fraktion werde dem Antrag der SPD-Fraktion daher nicht zustimmen.

Ausschlussmitglied Müller-Saathoff verweist auf eine mögliche Zusammenarbeit mit der Stadt Varel und der Gemeinde Rastede. Man habe bereits 5 Jahre gewartet. Die Fraktion B 90/Die Grünen unterstütze daher den Antrag. Ziel müsse sein, dass die gesamte Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien erfolge. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen hätten sich in den letzten Jahren bereits geändert. Es sei höchste Zeit, etwas gegen den Klimawandel zu tun. Im Nordwesten werde im Übrigen auch mehr Milch produziert als im Rest der Republik. Die Umwandlung des Stroms in Wasserstoff sei die Zukunft, die man sich nicht verbauen sollte. Es sprächen daher viele Aspekte für die Windpotenzialstudie und für eine Konzentrationsplanung an der Grenze zu Rastede und Varel.

Ausschussmitglied Kruse sieht ein Umdenken in der Bevölkerung beim Thema Klimawandel. Die alte Windpotenzialstudie sei hinfällig, man benötige daher eine neue. Die UWG-Fraktion werde den Antrag daher unterstützen. Die Studie müsse ja nicht umgesetzt werden.

Ausschussvorsitzende Osterloh weist darauf hin, dass sich die Rahmenbedingungen in den nächsten Monaten ändern sollen. Die Pflicht, eine Windpotenzialstudie zu erstellen, soll bei bestimmten Anlagenhöhen entfallen.

Ausschussmitglied Schröder widerspricht vehement. Eine Konzentrationsplanung und somit auch eine Windpotenzialflächenanalyse seien zwingend erforderlich, da ansonsten jeder grundsätzlich das Recht habe eine WEA zu errichten. Die Gemeinde habe die Freiheit zu entscheiden, welche Flächen umgesetzt werden.

Es folgt eine längere Diskussion an deren Ende mit 6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgender Beschlussvorschlag ergeht:

Der Gemeinderat beschließt die Erstellung einer Windpotenzialstudie für die Gemeinde Wiefelstede.

15. Einwohnerfragestunde

15.1. Windkraft 1

Einwohner Gerd Janßen möchte von den Anwesenden wissen, wie sie es mit ihrem Gewissen vereinbaren können, dass der zu viel erzeugte Storm bereits jetzt zu Negativpreisen abgegeben werde. Jede weitere Windenergieanlage würde das Problem weiter verschärfen, solange die Energie nicht gespeichert werden könne.

15.2. Unterirdische Bunker für Wasserstoff

Einwohner Günter Heinen möchte wissen, ob Planungen bekannt seien, nach denen im Norden, möglicherweise in Conneforde, unterirdische Bunker für Wasserstoff entstehen sollen.

BM Pieper erklärt, dass es eine Standortanalyse für eine Power-to-Gas-Anlage in Conneforde gäbe. Ein zweiter möglicher Standort sei Wiesmoor. Für eine Realisierung müssten jedoch in jedem Fall die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Ausschussmitglied Schröder fügt hinzu, dass möglicherweise die Kavernen in Etzel als Lagerstätte genutzt werden sollen.

15.3. Windkraft 2

Einwohner Günter Heinen weist darauf hin, dass die Landschaft in und um Conneforde herum bereits durch die Masten für die Stromleitungen verspargelt sei.

16. Anfragen und Anregungen

16.1. Ole Karkpadd

Ausschlussmitglied Helm erkundigt sich nach dem Ergebnis des Gespräches mit dem Projektleiter der Stadt Oldenburg am 05.09.19.

FBL Herzog berichtet, dass das Gespräch stattgefunden habe. Entsprechende Haushaltsmittel sollen für das Haushaltsjahr 2020 bei der Stadt Oldenburg angemeldet werden. Die notwendige Vereinbarung zwischen der Stadt und der Gemeinde müsse nun noch erarbeitet werden.

16.2. Beetanlagen in verkehrsberuhigten Straßen

Ausschussmitglied Helm ergänzt seinen Hinweis aus der gestrigen VA-Sitzung und berichtet, dass auch in den Beeten an der verkehrsberuhigten Straße „Mühlengrund“ Pfähle fehlen würden und ein Rückschnitt der Pflanzen erforderlich sei.

FBL Herzog erklärt, dass man sich die Sache einmal großflächig ansehen werde.

16.3. Ampelanlage an der Kreuzung Metjendorfer Landstraße/Ofenerfelder Straße

Beratendes Mitglied Heerwagen weist darauf hin, dass an der Ampel beim EDEKA-Markt in Metjendorf eine Signalanlage für Sehbehinderte fehle.

BM Pieper erklärt, dass die Metjendorfer Ortsdurchfahrt einschließlich der Ampelanlagen im kommenden Jahr umfassend saniert werden soll.

16.4. Seitenstreifen an der Mansholter Straße

Ausschussmitglied Kruse verweist auf die insbesondere für Radfahrer gefährlichen Absätze im Seitenraum der Mansholter Straße. Der überwiegende Teil der Seitenränder werden vom Bauhof regelmäßig geschottert. Ein kleiner Bereich sei jedoch in Bitu hergestellt. Er schlägt vor, den gesamten Seitenraum der Mansholter Straße mit Bitumen zu befestigen.

17. Schließung der öffentlichen Sitzung

Ausschussvorsitzende Osterloh schließt die Sitzung um 18.50 Uhr.

gez. Bärbel Osterloh
Ausschussvorsitzende

gez. Marco Herzog
Fachbereichsleiter

gez. Bernd Quathamer
Protokollführung